



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmahl, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 124. Mittags-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 14. März 1879.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

19. Sitzung vom 13. März.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Hofmann, Friedberg u. A. Eingegangen sind ein Gesetzentwurf, betr. das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen und eine Uebersicht der seit 1873 im Extraordinarium der Marineverwaltung verordneten und zur Durchführung des Flottengründungsplanes noch erforderlichen Summen unter Vergleichung der Gesamtkosten mit dem Anschlag nach dem Flottengründungsplan von 1873. Ferner zur Kenntnissnahme der am 13. Juni 1878 zu Berlin zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland und der Türkei abgeschlossene Vertrag.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Verabreichung der internationalen Convention, Maßregeln gegen die Reblaus betreffend.

Abg. Buhl: Ich danke zunächst der Regierung für die Umsicht und Energie, mit der sie diese fatale Angelegenheit seit dem Jahre 1875 behandelt hat. Die Reblaus hat in Frankreich bereits 288,000 Hektare Weinbaugrunde vollständig zerstört und 365,000 Hektare inficirt. Leider sind auch bei uns in Deutschland mehrere Infectionsherde der gefährlichsten Art und Verschleppungen der Krankheit auf weite Strecken constatirt. Die äußere Erscheinung der Reblaus lässt meist die Krankheit nicht bald nach ihrem Ausbruch erkennen, und so liegt die Gefahr der Verschleppung durch den Handel mit Reben sehr nahe. Deshalb müssen die nötigen Beschränkungen des Handels auf internationale Wege geordnet werden. Der Culminationspunkt der Krankheit, nach welchem sie ihren natürlichen Niedergang nehmen muß, liegt noch in so weiter Ferne, daß es besser ist, und vielleicht ist es noch möglich, sie durch internationale Maßregeln im Keime zu unterdrücken. Hierzu ist es aber nötig, daß die Organe der Regierung auch fernerhin die Sache so gründlich, wie bisher, untersuchen. Das Reichsgesetz von 1875 ermöglicht jedoch nur die Constatierung der Krankheit. Die einzelnen Staaten werden sich nun fragen müssen, ob sie mit ihrer Gesetzgebung auch im Stande sind, die nötigen Maßregeln zur Unterdrückung der Krankheit zu treffen. Preußen hat in dieser Beziehung bereits einen erfreulichen Schritt gethan, jedoch ist der Verstand von Wurzelreben nicht geregelt. Die übrigen Staaten sollten dem Beispiel Preußens folgen, zumal in einzelnen Ländern, zum Beispiel in Württemberg, Anstehungs-herde der gefährlichsten Art constatirt sind. Ich bitte, die Convention zu genehmigen.

Abg. Reichenperger (Krefeld): Gegenüber dem gefährlichen Insect bin auch ich kein Anhänger des laissez faire. Aber man darf sich über den Erfolg der beschlossenen Maßregeln nicht Illusionen hingeben. In Frankreich hat man alle möglichen Mittel, um dem Uebel Einhalt zu thun, vergeblich versucht, wenn dies also in einem so abgeschlossenen Lande mit so gegliederter Bureaucratie nicht möglich ist, so dürfen wir von internationalen Maßregeln gewiß nicht zu große Erfolge erwarten. Wir müssen nun zwar Alles, was in unseren Kräften steht, thun, aber auch dafür sorgen, daß uns der Apparat nicht über den Kopf wachse, so daß wir schließlich neben dem Reichsgesundheitsamt noch ein Reblausamt mit vielen Räthen erhalten. (Heiterkeit.) Dagegen möchte ich mich bei aller Antipathie gegen das Insect im Voraus verwahren. Eine Commission würde nicht genügen, wenn man von Reichswegen alle Weinberge untersuchen lassen wollte. Wichtiger ist es, daß man die ungebildeten Weinbauer für die Sache interessiert und sie über die Symptome der Krankheit unterrichtet, aber nicht durch gelehrte Vorträge, die sie nicht begreifen oder bald wieder vergessen, sondern durch eine gedruckte populäre Anleitung. Hier wie auf anderen Gebieten ist es besser, von unten herauf, als von oben herab zu wirken.

Reichstagspräsident Hofmann: Ich erkenne an, daß die Verlehnung der Interessenten über die Gefahr der Reblaus sehr wichtig ist. Dagegen sind die Befürchtungen des Vorredners bezüglich eines so großen Apparates unbegründet. Schon bei der Verabreichung des Gesetzes von 1875 malte derselbe Redner das Gespenst einer Reblausdirection mit einem großen Apparat von Räthen an die Wand. Die Ausführung dieses Gesetzes hat gezeigt, wie unbegründet jene Befürchtungen waren und ich glaube sagen zu können, daß die heute ausgesprochene Befürchtung ebenso unbegründet ist.

Abg. Reichenperger (Krefeld): Ich freue mich über diese Erklärung des Reichstagspräsidenten und zweifle nicht an der Erfüllung seiner Aufgabe, doch haben mich Erfahrungen auf Nachbargebieten, wie dem Impfschutz und dem Gesundheitsamt belehrt, daß man nicht früh genug Vorkehrungen treffen kann, daß nicht bürocratische kostspielige Apparate angelegt werden, um einem allgemein anerkannten Uebel zu begegnen.

Abg. v. Schmid (Württemberg): befreit, daß in Württemberg ein Infectionsherd der Reblaus bestehe, da dieselbe überall, wo man sie constatirt habe, ausgerottet sei.

Abg. Buhl modificirt seine frühere Behauptung dahin, daß zwar zur Zeit Spuren der Reblaus in Württemberg nicht constatirt sind, jedoch in Anbetracht der Möglichkeit einer Infection entlegener Orte durch das geflügelte Insect und der langsamen Entwicklung der Infection die Gefahr einer Ansteckung durch den in Württemberg ebendort constatirten und jetzt zerstörten Herd noch nicht ausgeschlossen ist. In solchen Fällen müsse der Nebenverhandlung aus diesen Gegenden verboten werden.

Die Convention wird darauf in zweiter Verabreichung ohne weitere Debatte erledigt.

Darauf wird die Petition des Eisenbahnsekretärs und Mittemeisters A. D. Adelsamer zu Münster wegen Gewährung der Kriegspension dem Reichstanzler zur nochmaligen Prüfung und eventuellen Berücksichtigung überwiesen und in Bezug auf die Wahl des Abg. Stolberg (Deutsch-Grone) beschloffen, dem Reichstanzler unter Mittheilung der Wahlacten Kenntniss zu geben von der bei der Wahl vorgekommenen Unregelmäßigkeit, um den betreffenden Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter wegen dieser zur Rechenschaft zu ziehen.

Beim Etat der Marineverwaltung bespricht Richter (Hagen) die erhöhte Einstellung von Matrosen, die schon im vorigen Jahre bedeutend vorgegriffen habe, so daß mit der jetzt erfolgenden Gründung die Zahl erreicht werde, welche nach der Ausführung des Flottengründungsplanes vorhanden sein soll. Es sei schwierig gewesen, in der feindlichen Bevölkerung die nötige Mannschaft zu finden; daher müsse man auch auf die Interessen der Kaufmannschaft und Aeberei Rücksicht nehmen, die jetzt ebenso Noth leide, wie die Eisenindustrie, sie klagte nur nicht so viel und habe auch nicht so hohe Gönner wie diese. In Frankreich, wo die Aeberei ebenfalls zurückgegangen sei, werde sie durch Staatssubvention unterstützt, weil man sich den für die Kriegsflotte nötigen Ersatz in ihr erhalten will. Da möge Herr von Kardorff sehen, wozu die Schutzölle führen; für die Seeschiffahrt kann man Schutzölle nicht gewähren, deshalb gebe man direct Staatssubvention. Zu bedauern sei es, daß der Chef der Admiralität, der nicht einmal preussischer Staatsminister, sondern ein Untergeordneter des Reichstanzlers sei, auf die Zoll- und Handelspolitik des Reiches keinen Einfluß habe; gerade er könnte den Reichstanzler darauf aufmerksam machen, welcher Schaden der Seeschiffahrt aus Getreide- und Holzölle erwachse; denn aus den Häfen von Danzig und Königsberg gehen 90 Procent aller Schiffe mit Holz und Getreide in See; würde dieser Verkehr abgelenkt auf russische Häfen, so würde damit nicht nur die Handelsflotte, sondern indirect auch die Kriegsflotte geschädigt, die aus der ersten ihren Ersatz bezieht.

Im Capitel 61 dieses Etats befindet sich bei dem Titel 8 die Bemerkung, daß ein Theil der Arbeiter der Artillerie-Depots ausgezahlten Löhne in eine Unterstützungskasse fließe. Abg. Richter beantragte, diese Bemerkung zu fassen wie eine ähnliche in Capitel 60, Titel 21: Ein Theil der Arbeitslöhne fließt in eine Kasse zur Unterstützung der Arbeiter, sowie zur Gewährung von Unterstützungen an invalide gewordene frühere Arbeiter. Man spreche jetzt so viel von Invaliden und da könne er es nicht unterlassen, auf diese Unterstützungskasse aufmerksam zu machen; er bedaure nur, daß die Statuten derselben nicht ganz seinen Wünschen

entsprächen; denn die Vetheiligung der Arbeiter selbst an der Leitung der Kassen sei eine zu geringe.

Chef der Admiralität v. Stosch ist mit der Aenderung der Bemerkung einverstanden und verspricht die Ausstellungen des Redners hinsichtlich der Statuten zu berücksichtigen.

Im Uebrigen wird der Marine-Etat bewilligt.

Beim Etat der Reichsjustizverwaltung fragt Abg. Winterer an, woher es komme, daß man Advocaten im Reichslande den Gebrauch der französischen Sprache vor dem Civilgericht, nicht aber vor dem Justizpolizeigericht gestatte.

Staatssekretär Friedberg: Mir ist amtlich von dieser Thatsache nichts bekannt; ich erinnere mich, daß bald nach meinem Amtsantritt zwei Advocaten die Erlaubnis nachsuchten, französisch plaidiren zu dürfen, was ich ihnen bereitwillig gestattete und auch jetzt würde ich gern zu Gunsten der Herren das Möglichste thun; aber sie müssen sich erst an die Provinzial-Instanz wenden. Wenn aber solche Anträge von Advocaten ausgehen, die des Deutschen vollständig mächtig sind, also nur eine Demonstration bezwecken, dann könnte ich diese Wünsche nicht berücksichtigen. (Sehr richtig!)

Beim Etat des Reichsschatzantes, Capitel 68 Titel 2: Beitrag zur Deduction der laufenden Ausgaben der Universität Straßburg bittet Abg. Rinn die Regierung, möglichst auf die Errichtung eines Lehrstuhls für Hygiene und eines hygienischen Instituts Rücksicht zu nehmen, da die neu ausgearbeitete Prüfungsordnung für Aerzte auch eine Prüfung in der Hygiene vorschreibe.

Chef. Rath v. Bommer-Esche: Die Facultät hat dafür zu sorgen, daß die Lehrstühle sämtlich besetzt sind, bisher ist ein Antrag seitens derselben noch nicht eingegangen. Uebrigens steht ja die Prüfungsordnung noch nicht ganz fest, also kann man noch nicht fest zusetzen, daß ein Lehrstuhl für Hygiene in Straßburg errichtet werden soll. Wird die Prüfung in der Hygiene aufrecht erhalten, dann muß natürlich auch den Studirenden Gelegenheit zu ihrer Ausbildung gegeben werden.

Nachdem noch der Titel 4 desselben Capitels, „Rayon-Entschädigungs-Renten 730,600 Mark“, der Budget-Commission überwiesen, geht das Haus zur Verabreichung des Etats des Reichs-Eisenbahn-Amtes über.

Abg. Richter (Hagen): Der Reichstanzler hat uns drei Bescheurungen zugehakt: zu Weihnachten das Zollproject, Neujahr das Reichstagsstraßengesetz und einige Wochen später den Eisenbahnbefehl an einen Kollegen. Ueber den letzteren will ich an dieser Stelle sprechen. Dieser Brief ist durch die „Norddeutsche Allgemeine“ und das Wolffsche Telegraphenbureau urbi et orbi mitgetheilt worden. Ich war zuerst der Meinung, der „Colleg“ sei der preussische Eisenbahnminister. Dieser sagte mir aber auf meine Anfrage im Abgeordnetenhaus, daß Fürst Bismarck diesen Brief nicht als Minister-Präsident, sondern als Reichstanzler geschrieben habe; ich möchte daher den Reichstanzler nur im Reichstage interpelliren, da würde mir der große Staatsmann die Antwort nicht schuldig bleiben. Wo treffe ich nun hier den Reichstanzler? (Heiterkeit.) Ich bin sogar geneigt, mich mit der Antwort eines kleineren Staatsmannes zu begnügen; aber an wen soll ich mich wenden? Die Stelle des Präsidenten im Reichseisenbahn-Amte ist nicht besetzt, der Stellvertreter des Reichstanzlers, Graf Stolberg, ist nicht zugegen. Der Gedanke des Reichstanzlers hat schon eine Form angenommen, er ist als Antrag an den Bundesrath gelangt mit einer Denkschrift, die vom Generalpostmeister ausgearbeitet und im „Actionär“, der ja im Eisenbahnwesen eine officiöse Rolle spielt, veröffentlicht ist. Soll ich mich an den Generalpostmeister, den Verfasser der Denkschrift wenden? Dann könnte ich meinen Vortrag hier abbrechen und ihn beim Postetat fortsetzen, wenn es der Herr Präsident gestattet. Aber unsere Geschäftsordnung ist noch nicht ganz auf die verkehrte Welt, welche der Reichstanzler geschaffen hat, zugeschnitten, ich werde deshalb lieber hier fortfahren, selbst auf die Gefahr hin, nur von einem vortragenden Rath, der das Concept der Denkschrift nicht abgefaßt hat, eine Antwort zu erhalten.

Das Ausarbeiten eines Tarifgesetzes im jetzigen Augenblicke ist um so wunderbarer, als der preussische Eisenbahnminister eben erst ein Reichseisenbahngesetz ausgearbeitet hat. Wir sind stets für eine reichsgesetzliche Regelung der Eisenbahnangelegenheiten eingetreten; das verschwindet jetzt und es erscheint ein Reichsgesetz über Gütertarife. Wir sind einer gesetzlichen Regelung einzelner Fragen nicht abgeneigt; ja einzelne Theile eignen sich vielleicht zur abgeordneten Behandlung in einem Specialgesetz; ob aber gerade die Tariffrage, der wichtigste und schwierigste Theil des ganzen Eisenbahnwesens, sich für ein Specialgesetz eignet, weiß ich nicht. Soll das Tarifgesetz aber ein Mittel zur Verwirklichung des Reichseisenbahnprojectes sein, so verwerfe ich es von vornherein. Meine Partei ist stets dem Reichseisenbahnprojecte feindlich gewesen und ich kann mich nur freuen, daß die Freunde desselben fähig, die Gegner zahlreicher geworden sind. Selbst wenn man das Reichseisenbahnproject billigt, braucht man der gesetzlichen Regelung des Gütertarifes doch noch nicht zuzustimmen. Denn der Gedanke ist aus einer falschen Analogie, die man aus dem Post auf das Eisenbahnwesen gezogen hat, hervorgegangen. Der Generalpostmeister kennt ja sein Fach außerordentlich gut, außerdem ist er ein geistreicher Mann — genial darf man ja nicht mehr sagen. (Heiterkeit.) Aber Nichts ist gefährlicher, als wenn ein geistreicher Mann für ein Fach, das er nicht kennt, Reformvorschlüsse machen soll; in seinem Fach hält ihn seine Sachkenntnis an der Erde fest; ohne dieselbe läuft er Gefahr, den Boden unter den Füßen zu verlieren. Selten ist mir ein solches Phantasiestück vorgekommen, wie diese Denkschrift, welche die Vorlage an den Bundesrath begleitete; sie sagt nur, es besteht eine Analogie zwischen Post und Eisenbahnen, überhebt sich aber ganz der Mühe, dies zu untersuchen. Die Post hat die Vermittelung von persönlichen Beziehungen und Gedanken zur Aufgabe, die Eisenbahnen die Güterausgleichung zwischen Production und Consumption; vom Paketverkehr sind über 90 Procent 10-Pfund-Pakete. Dieser Paketverkehr ist nur künstlich, weil er sich auf die Verpflichtung der Eisenbahnen, diese Pakete unentgeltlich zu fahren, stützt. (Sehr richtig!)

Die Denkschrift beruft sich darauf, daß die Post vor Einführung der Eisenbahnen allein den Schnellverkehr der Waaren gehabt hat. Daraus würden doch nur Analogien für den Güterverkehr der Bahnen folgen, welcher noch nicht 1 Procent der 2½ Milliarden Centner darstellt, welche die Eisenbahnen transportiren. Höchstens könnte doch mit dem Postpaketverkehr nur der Stückgutverkehr der Bahnen verglichen werden. Aber letzterer beträgt nur 1/10 des gesamten Frachtverkehrs der Bahnen und bringt denselben noch nicht 1/10 der Einnahmen aus dem Gütertransport. Alle jetzt im Publikum ventilirten Tariffragen beziehen sich durchweg nur auf den Wagenladungsverkehr, die Verwendung von mehr als 100 Centner. Diesen betrifft die Frage der Differential- und Ausnahmetarife. Für Stückgut dagegen besteht nur eine Tarifklasse mit fast gleichen Frachtsätzen zwischen 11 und 12 Pf. Dem Publikum geht diese eben geschaffene Einheit schon zu weit; vielfach möchte man zwei Stückgutklassen haben und findet die Stückguttarife zu hoch gegen die Wagenladungstarife. Die Prämie auf Anfrummung von Stückgut durch die Expediteure ist aber gerade nach dem Muster der Reichseisenbahnen eingeführt, man kann darin allerdings zu weit gehen. In der Denkschrift hat man nun eine große Zahl von Tarifen herausgerechnet für Wagenladungen, indem man die einzelnen Tarifhefte addirt, welche den gleichen Tarifen nur für verschiedene Strecken anwenden und zur Bequemlichkeit des Publikums nicht in einem Tarif zusammenge bunden sind. Ueber die Hälfte der bestehenden Ausnahmetarife ist soeben erst mit Genehmigung der Behörden auf Grund des Reformprinzips eingeführt worden; das spricht schon für ihre innere Nothwendigkeit. Nichts ist verkehrter, als zu glauben, die Eisenbahnen könnten ihre Tarife willkürlich gestalten, sie müssen den selbst billige Tarife einführen, um durch vermehrte Transportmengen sich größere Einnahmen zu verschaffen, als es vielfach bei höheren Tarifen ihnen möglich ist. Gerade bei den Massen-gütern im Wagenladungsverkehr tritt das sogenannte natürliche Monopol zurück und erzwingt die Concurrenz der Wasserstraßen, sowie der Concurrenzbahnen für Kohlen, Holz, Eisen, Getreide die niedrigeren Tarife. Gerade diese Concurrenz, welche auf großen Strecken am stärksten ist, erzwingt dort die Differentialtarife.

Die Denkschrift macht es den Eisenbahnen zum Vorwurf, daß sie Industrie groß ziehe. Gerade das aber ist die Aufgabe der Eisenbahnen; nicht aus Bosheit und unter ihren Selbstkosten transportiren sie, sondern weil sich beim größeren Transport nach billigerem Tarife die Einnahmen für sie höher stellen. Wenn eine Eisenbahn Geschäfts macht und eine Industrie bei billigem Tarif neu entsteht oder ein neues Absatzgebiet gewinnt, so ist das ein volkswirtschaftlicher Gewinn. Es wird dann mit weniger Capital und Arbeit auf jenem Absatzgebiet ein Bedürfnis befriedigt. Das mag bereits dort vorhandenen Producenten verdrüsslich sein, aber diese Verdrüsslichkeit hat nicht mehr Recht als die Verdrüsslichkeit der Consumenten, wenn die Eisenbahnen den Producenten des Ortes ein weiteres Absatzgebiet eröffnen, und dadurch die Preise am Orte theurer macht. Die billigen Tarife, welche die Kohlen fortführen, vertheuern die Kohlen in der Nähe der Gruben. Die Herren aus Oberschlesien beklagen sich über die billigen Tarife, welche ihnen durch Import Concurrenz machen; aber sie beklagen sich nicht, sondern schweigen über die billigen Differentialtarife, welche ihre Kohlen, Steine, Eisen von Oberschlesien ausführen. Die Spiritusinteressenten geben sich jetzt viel Mühe, einen Differentialtarif für die Ausfuhr zu erhalten, ebenso wollen die schlesischen Spiritusinteressenten einen Differentialtarif gegen Sachsen, welcher die größere Entfernung für den Abzug nach dem Westen ausgleicht. Gerade, wenn man das natürliche Interesse aller Concurrenzen wahren läßt, wird das gemeinsame Interesse am besten gefördert. Den so verschiedenartigen Verhältnissen gegenüber bedeuten gleiche Tarife eine zu theure Beförderung für viele Güter, während die billigere Beförderung vielleicht den Interessenten gerade wenig nützt. Die Gleichheit der Tarife ist den verschiedenartigen Verhältnissen gegenüber gerade das Unnatürliche. Freilich die Denkschrift scheint die Concurrenz der verschiedenen Wirtschaftszweige in Deutschland überhaupt aufheben zu wollen, wie es dort heißt, im Interesse des Gefühls der Reichsangehörigkeit; also auch die Concurrenz nicht bloß mit dem Ausland, sondern auch im Inland soll schon von Reichswegen geregelt, also schließlich unsere gesamte Production und Consumption vom Reichstanzler bestimmt werden.

Die Tarife der Waarenladungen interessieren nicht das große Publikum, sondern nur die betreffenden Berufsweige, welchen man das Studium der verschiedenen Tarife eben so zumuthen kann, wie das ihrer verschiedenen Abfahrtsverhältnisse. Jeder Geschäftsmann verachtet gern auf die Gleichheit der Tarife, wenn er dafür unter gewissen Verhältnissen einen billigeren Tarif bekommen kann. Noch unglücklicher als das Project gleicher Tarife ist der Gedanke, die Tarife gesetzlich zu fixiren. Erste, Witterung, concurrenz der Wasserstraßen, der beständige Wechsel in den Productions- und Abfahrtsverhältnissen bedingen Tarifänderungen, der gleiche Tarif würde gerade unter veränderten Verhältnissen eine veränderte Bedeutung bekommen. Ganz abgesehen von der Frage, ob der Reichstag eine geeignete Körperschaft ist; für Tarifgesetzgebungen hat gerade die Veränderlichkeit der Tarife mit der Zunahme der Bahnen und deren Concurrenz die fortgesetzte Verabreichung der Tarife möglich gemacht. Nur einmal, im Jahre 1874, ist ein Zuschlag gekommen, der richtiger bereits in der Gründerzeit eingetreten wäre, seitdem aber wieder aufgehoben ist. Alle Klagen über die Tarife gehen dahin, daß die Eisenbahnen zu billig fahren, billiger, als gewissen Producenten lieb ist, welche sich ein Monopol der Consumption gegenüber erhalten möchten. Die Denkschrift des Generalpostmeisters will endlich den Verbandsverkehr möglichst auf die kürzeste Linie zusammendrängen; auch dies ist falsch. Beim Postverkehr kommt es mehr auf Schnelligkeit an, als darauf, ob Kohlen, Holz oder Getreide 100 Kilometer weiter gefahren werden; die kürzeste Linie ist nicht immer die billigste, man denke nur an Tunneln, Brücken und Gebirgsbahnen. Eine Zeit lang hat man geglaubt, jede Nebenlinie müsse als Vollbahn eingerichtet werden, jetzt scheint der Generalpostmeister in das entgegengesetzte Extrem zu fallen: nur die kürzesten Linien sollen Vollbahnen sein. Viele Anschaffungen und Orte würden dabei auf den dürftigsten Localverkehr beschränkt und in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Die Centralisation braucht heute wahrlich nicht künstlich gefördert zu werden. Die Vetheiligung mehrerer Linien am Verbandsverkehr schließt nur Monopolisirung.

Ich bitte mich in Bezug auf alles Gesagte nicht mißzuverstehen. Wenn ich die natürlichen Gesetze des Eisenbahnverkehrs darlege, so bin ich darum nicht der Meinung, daß Staatsaufsicht und Tarifaufsicht zu entbehren sei; wo nicht das wohlverstandene Interesse des Eisenbahn-Unternehmens selbst maßgebend ist, sondern persönliches oder Nebeninteresse eines Directors nachgewiesen werden kann, würde ich dagegen dem Reich ebenso eingreifende Befugnisse geben, wie sie in England vorhanden sind. Darauf aber lassen sich die bis jetzt erhobenen Beschwerden von Producenten nicht zurückführen. Soweit eine gesetzliche Regelung des Tarifwesens notwendig und nützlich ist, wünsche ich dieselbe von Reichswegen, aber nicht auf der Grundlage des Kanzlerprojectes, sondern unter Anlehnung an das bestehende Recht. Dasselbe geht schon weiter, als sich die wirtschaftlichen Verhältnisse schablonen lassen; wir haben ein einheitliches Classificationssystem, das nur durch Majorität der Bahnen nach der Kilometerzahl geändert werden kann. Auf 11,000 Kilometer unter 27,000 erstreckt sich schon direct oder indirect die Verwaltung des Fürsten Bismarck; die gesammelten Staatsbahnen repräsentiren schon 17,000 Kilometer gegenüber 10,000 Kilometer Privatbahnen. Letzteren sind überall Maximaltarife vorgeschrieben, die nicht erheblich von einander abweichen. Ausnahmetarife sind nur auf Widerruf genehmigt; alle Tarifveränderungen bedürfen der Genehmigung. Dies Alles giebt die Denkschrift zu. Der Brief des Kanzlers lehrt die Spitze gegen Privatbahnen, während doch das bestehende Tarifsystem auch für Staatsbahnen gilt. Ja gerade die preussischen Staatsbahnen haben die meisten Differentialtarife aus dem natürlichen Grunde, weil der Import von Reichstoffen meist vom Osten und über Schlesien kommt. Weil wir mehr Fabrikate als Rohstoffe exportiren, haben wir naturgemäß mehr Differentialtarife für den Import als für den Export. Während die Denkschrift das bestehende Recht richtig schildert, lehrt der Brief des Kanzlers gegen die Privatbahnen und spricht von Ausbeutung für Privatinteressen ohne gesetzliche Controle. In gefährlicher Weise werden die Eisenbahnen mit dem Generalpächtern von Abgaben verglichen, welche doch ihrerseits für ihre Erhebungen nichts zu leisten haben.

Der Brief des Kanzlers ist urbi et orbi zur Kenntniss von Millionen gekommen; die falsche Darstellung unserer Reichsverhältnisse darin muß beim großen Publikum ganz falsche Vorstellungen erwecken, denn es giebt noch viele Hunderttausende in Deutschland, welche meinen, Alles, was der Reichstanzler sagt, wäre auch wahr und es bestünde wirklich keine gesetzliche Kontrolle über die Eisenbahntarife. Der Reichstanzler braucht in seinem Briefe das häßliche Wort „Ausbeutung“ für Privatinteressen, wie es sonst nur socialdemocratiche Redner hier gebraucht haben. Diese armen Ausbeuter, welche die Privatbahnen sind! Die Hälfte derselben giebt jetzt überhaupt keine Dividende, die Mehrzahl der übrigen weniger als 5 pCt. Veltene Bahnen, wie die Stettiner, welche im vorigen Jahre 7 pCt. gab, geben jetzt kaum 4 pCt. Danken wir dem Himmel, daß wir nicht auch noch die Deficits der Privatbahnen auf unseren Etats haben und nicht die Steuerzahler dieses Minus an Ausbeutung zu tragen haben? Das muß ich allerdings sagen, der Brief des Reichstanzlers ist gleich seinen anderen Briefen überaus geeignet, Unzufriedene anzulodern und Unzufriedenheit zu erregen; wer sich jemals über eine Eisenbahn geärgert hat, kann sich einbilden, im Reichstanzler einen Bundesgenossen zu finden. Wenn es die höchste Staatskunst ist, Unzufriedene auszuheilen oder zu machen, dann ist jeder solcher Kanzlerbrief ein Meisterwerk. Der Kanzler kann es ja dadurch erreichen, ein großes Heer von Unzufriedenen an sich zu verjammeln; Leute, die mit der Eisenbahn unzufrieden sind, mit ihrem Väter oder, daß der Himmel zu viel Korn hat wachsen lassen und dadurch die Getreidepreise gedrückt hat; mit einem solchen Heer von Unzufriedenen kann ein Nachthaber wohl zeitweilig seine Nachschiffe steigern, aber wehe dem, der einmal diese Erbschaft zu übernehmen hat! Es werden Ansprüche nach allen Seiten wachgerufen, die keine Regierung und kein Staat befriedigen kann, weil ihre Befriedigung außerhalb der Macht des Staates liegt und der Natur der Dinge widerspricht. Das ist das Schlimme bei allen diesen Kanzlerprojecten. Die Realisirung des Eisenbahnprojectes fürchte ich aber am wenigsten.

Bis jetzt hat sich der College noch nicht gemeldet, an den der Kanzler aus Friedrichsruh den besprochenen Brief geschrieben hat, oder hat etwa der Kanzler es nicht für gut befunden, ein abfälliges Antwortschreiben durch das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ zu publiciren? Es hat sich auch ein Herr von Barnbiller zur Vollziehung dieses Projectes noch nicht gefunden; ich möchte wünschen, daß gerade in Eisenbahnfragen der Kanzler Herrn von Barnbiller consultirte, gerade aus dessen Schrift gegen das Reichseisenbahnproject, aus der ich sehr viel gelernt habe, läßt sich die beste Kritik des Tarifprojectes entnehmen. Das Project ist an den Bundesrath gelangt, aber er scheint nicht geneigt, eine Art von Zolltariff-Commission einzusetzen; die Mittelstaaten werden erkannt haben, daß hier ihre vitalen Interessen in Frage kommen. (Abg. v. Kardorff: Aba!) Bitte, Herr v. Kardorff, sehen Sie sich darüber mit Ihren Fraktionsgenossen aus Sachsen und Württemberg zunächst aneinander! Auf der Grundlage dieses Projectes, das bin ich sicher, wird im Bundesrath kein Tarifgesetz zu Stande kommen, aber schon das Schweben dieses Projectes hat große Nachtheile zur Folge. Es sind nun einmal viele Leute der Meinung, der Reichskanzler fest schließlich doch Alles durch, was er will. Darum schadet das Schweben eines solchen Projectes der weiteren Entwicklung des Eisenbahnwesens, hemmt Verbesserungen und Erneuerungen, macht die Werthbähung von Milliarden von Capital in Privatbahnen unthunlich. Die Fortentwicklung des eben gewonnenen Reformsystems der Bahnen wird gehindert, wenn von so autoritativer Seite wieder eine ganz neue Grundlage für das Tarifwesen am Horizont erscheint. Ich möchte daher den Bundesrath bitten, doch in diesem Falle einmal den Reichskanzler nicht bilatorisch zu behandeln oder zu frastiniren, wie es der Herr Reichskanzler selbst nennt, sondern, wenn er auf dieser Grundlage eine Regelung des Tarifwesens nicht für möglich erachtet, sofort ein rundes und klares „Nein“ diesem Project entgegenzustellen. Nur dann ist wieder freiere Bahn geschaffen auf gesunder Grundlage, das Tarifwesen zum Gegenstande eines Reichsgesetzes zu machen und dem deutschen Eisenbahnwesen seine ruhige und stetige Entwicklung zu erhalten. (Beifall links.)

Bundescommissar Geh. Rath Körte: Auch wenn der Vorredner nicht von Anfang an erklärt hätte, er warte von mir eine Antwort nicht, so würde ich doch keinen Anlaß zu einer solchen haben, weil ich seine gesammelten Ausführungen für vollständig verfaßt halte. Ich antworte darauf nicht, weil sie ausgehen von einer Bundesrathsvorlage, welche nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und nur auf irgend einem unbekannten Wege zur Kenntniß derselben gekommen ist. Es ist vom Reichskanzler im Namen des Präsidiums ein Antrag auf Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage, betreffend die Regelung des Gütertarifwesens auf den deutschen Bahnen, eingebracht worden. derselbe ist aber noch nicht der Beschlußfassung des Bundesraths unterbreitet gewesen, letzterer hat noch keine Stellung zu demselben genommen. Auf Antrag des Reichskanzlers hat allerdings schon gestern Nachmittag unter meinem Vorsitz eine Konferenz der Vertreter derjenigen Bundesstaaten, welche ein eigenes Staatsbahngesetz besitzen, stattgefunden, um commissarisch die Grundlagen eines solchen Tarifgesetzes vorzubereiten. Ich bin im Begriff, dem Reichskanzler Bericht über diese Konferenz abzustatten und kann deshalb in diesem Augenblick detaillierte Mittheilungen über die Resultate derselben nicht geben, aber ich muß sagen: daß in diesen Beratungen Anzeichen zu Tage getreten sind über die Nothwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit dieses Projectes, welche denen des Abg. Richter diametral entgegenstehen. Der Antrag des Reichskanzlers beruht auf der Erwägung, daß das jetzige Tarifwesen so nachtheilig auf den Volkswohlstand einwirkt, daß eine Regelung desselben abgesondert von dem ganzen Eisenbahngesetz, von welchem der Minister Maybach im preussischen Abgeordnetenhaus sprach, erfolgen müsse. Weitere Mittheilungen zu machen, bin ich zur Zeit nicht in der Lage.

Abg. Frhr. v. Mirbach: Wir haben niemals die Frage der inländischen Differentialtarife angeregt, wir erkennen an, daß es Specialtarife für solche Producte, wie z. B. für Kohlen geben muß, die nur in bestimmten Gegenden unseres Vaterlandes vorkommen, um die übrigen Theile Deutschlands mit denselben zweckmäßig zu versorgen, wir haben uns stets nur gegen die Differentialtarife mit dem Auslande gewendet. Der Staat hat nicht die Aufgabe, die wirtschaftliche Bewegung im Lande zu regeln, wohl aber den schwächeren Inländern gegen den durch die Tarife beschleunigten stärkeren Ausländer auch durch eine diesbezügliche Milderung der Tarife zu schützen. Die Eisenbahnen haben die Natur öffentlicher Wege, und müssen sich deshalb als solche dem allgemeinen Besten unterordnen. In der vom Abg. Richter citirten Denkschrift der Privatbahnen geben diese jetzt im Gegentheil zu ihren Aussagen bei der Enquete zu, daß viele Differentialtarife bestehen, behauptet aber, daß dieselben ohne wesentlichen Einfluß auf die inländische Production seien. Sie sind aber in Wahrheit für den Handel der Mittelstationen einer Strecke, deren Endstationen einen Differentialtarif haben, geradezu vernichtend. Unsere Klagen gehen hauptsächlich dahin, daß die Producte des Auslandes zu billig gefahren werden. Die Eisenbahnpolitik des Reichskanzlers läuft nicht, wie der Abg. Richter meint, auf eine schädliche Centralisation des Verkehrs hinaus, aber es muß doch als wirtschaftlich zweckmäßig anerkannt werden, daß man von verschiedenen Linien, die man besitzt, den Verkehr auf diejenige leitet, wo es wirtschaftlich am vorteilhaftesten ist. Zu diesem Zwecke müssen wir ein großes einheitliches Staatsbahnsystem haben. Der Abg. Richter hat ja dankenswerthe theoretische Studien in der Eisenbahnfrage gemacht, aber in praktischen Erfahrungen darin ist ihm der Reichskanzler als rechnerischer Großgrundbesitzer entschieden überlegen.

Abg. Günther (Sachsen): Der Abg. Richter hat die Vertreter der Mittelstaaten bei dieser Frage ermahnt, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen. Ich bin ihm dafür dankbar, aber es war unnötig. Ich erkenne in der Verwirklichung des Reichseisenbahnprojectes allerdings eine große Gefahr für die Mittelstaaten, aber das wird mich nicht abhalten, daran mitzuwirken, daß die Wirtschaft des Tarifwesens, welche die Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft schädigt und alle natürlichen Verhältnisse auf den Kopf stellt, beseitigt wird.

Abg. Strube: Ich glaube nicht, daß die praktischen Erfahrungen des Reichskanzlers in der Tariffrage, von denen der Abg. v. Mirbach gesprochen hat, in Beziehung stehen zu einem Zeitungsartikel, in welchem dem Reichskanzler die Behauptung zugeschrieben wird, daß er glücklich sein würde, wenn seine Forsten statt in Friedrichsruh in Ungarn lägen; er würde dann sein Holz billiger als jetzt nach den Industriestädten Westfalens transportieren können. Diese Behauptung hat der Reichskanzler nicht aufstellen können, denn sie enthält, wie ich ziffermäßig nachweisen werde, thatsächlich eine Unwahrheit. Eine Ladung von 10,000 Kilo Holz kostet den Friedrichsruh nach Bochum 100 Mark, von Zablonia in Oesterreichisch-Schlesien nach Bochum 298 Mark, von Raschau nach Bochum 366 Mark, von Szeged nach Bochum 472 Mark. Diese falsche Thatsache kann nur von den freiwilligen Prekubaren des Reichskanzlers in der Presse verbreitet worden sein.

Abg. v. Kardorff: Alle diese Zahlen sind unglauwbildig, denn die höheren Frachttarife werden sofort wieder durch Reducirungen beseitigt. In Bezug auf die Ausführungen des Abg. Richter muß ich bemerken, daß es eine eigene Sache ist zur Grundlage einer solchen Discussion eine Denkschrift an den Bundesrath zu machen, die den wenigsten Mitgliedern dieses Hauses bekannt ist. Wir thun gewiß besser mit der Erörterung derartiger wichtiger Fragen zu warten, bis sie in Form von Gesetzesvorlagen an uns gelangen. Die Privatbahnen werden dem Abg. Richter gewiß sehr dankbar für die bereite Wahrnehmung ihrer Interessen sein, auch die Bundesräthe für die akademische Vorlesung, aber für uns hat sie keinen Werth. Die Vertreter der Spiritusindustrie haben sich nur darüber beklagt, daß der Spirit in verschiedenen deutschen Staaten in verschiedene Frachtklassen rubricirt ist, und vornehmlich darüber, daß z. B. russischer Spirit von Königsberg nach Hamburg billiger befördert wird, als ostpreussischer Spirit auf derselben Route. Die Mißstände wollen wir aus der Welt schaffen. Ich stehe mit dem Abg. v. Mirbach auf dem Boden des preussischen Staatsbahnsystems, bin aber kein Anhänger des Reichseisenbahnprojectes. Wenn der Abg. Richter gemeint hat, man benutze diese Fragen, um die vielen Unzufriedenen im Lande um sich zu schaaren, so hat die Fortschrittspartei zu einer solchen Anlage den allerwenigsten Anlaß. Sie hat stets alle Unzufriedenen um ihre Fäden verwickelt und jetzt verdient sie es der Gegenpartei, wenn sie ebenso verfährt. Ich schließe mit dem Wunsch, daß der Abg. Richter einen Schatten seines Mißbehagens für das Privatcapital der Eisenbahnen denjenigen Milliarden zuwenden möge, die in gutem deutschen Grundbesitz angelegt sind. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Die Denkschrift an den Bundesrath ist in dem „Actionär“ veröffentlicht, ein Berliner Blatt, in welchem man officiöse Mittheilungen der preussischen Eisenbahnverwaltungen zu finden gewohnt ist. Die Denkschrift ist abgedruckt in der Zeitschrift der deutschen Eisenbahnverwaltungen. Wenn die Veröffentlichung diesmal für die Regierung unbecom ist, so ist das nur eine neue Lehre für sie, wie nützlich es ist, officiöse Beziehungen zu Zeitungen zu unterhalten. Wie bei Interpellationen, so ist es auch bei der Staatsberatung nicht im Widerspruch mit den Gewohnheiten dieses Hauses, auf bereits veröffentlichte Vorlagen im Bundesrath hier Bezug zu nehmen. Wenn man sagt, wir sollten warten mit unseren Erörterungen, bis formulirte Vorlagen eingebracht sind, so verkennt man die Aufgabe des Reichstages. Was die Nation bewegt, muß hier zum Ausdruck kommen und zwar zeitig genug, ehe man ohne Rücksicht auf diese

Stimmung Vorlagen einbringt, die nachher von der großen Mehrheit des Reichstages abgelehnt werden. Nicht wir haben diese Agitation begonnen, sondern der Reichskanzler mit seinen Kundgebungen an die Wähler über unsere Köpfe hinweg. Er zwingt uns als die Vertreter dieser Wähler zum Reden. Ich habe von vornherein darauf verzichtet, daß meine Rede den Abg. v. Kardorff interessirt, aber er hat auch schon lange akademische Vorträge über die Spiritfrage gehalten. Ich erinnere mich sehr wohl einer Spiritrede, die 1½ Stunden dauerte. (Heiterkeit.) Ich würde nie in einer Sache das Wort ergreifen, wo ich persönlich interessiert bin, und ich spreche deshalb in erster Reihe über die Eisenbahnfrage, weil mich nicht die leisesten, entferntesten Interessen an Eisenbahnunternehmungen knüpfen. Für die Privatbahnen trete ich nicht um ihrer selbst willen ein, sondern im allgemeinen öffentlichen Interesse, weil ich glaube, daß die allmähliche Vernichtung der Privatbahnen gegen das allgemeine wirtschaftliche Interesse ist. Meine Rede war aber ein Vertheidigung des ganzen gegenwärtigen Systems sowohl auf Staats- wie auf Privatbahnen gegen die Projecte des Reichskanzlers.

Ich setze von allen Abgeordneten, also auch von dem Abg. Günther voraus, daß sie wie auf allen anderen Gebieten so auch auf dem Eisenbahnwesen etwaige Mißstände beseitigen wollen. Es kommt nur darauf an, daß man richtig erkennt, ob Mißstände vorhanden sind und daß man richtige Mittel zu ihrer Beseitigung vorschlägt, und nicht solche, die noch größere Mißstände hervorbringen müssen als bereits vorhanden sind. Der Abg. Günther hat geschickt vermieden, seine Stellung zu der Frage der gesetzlichen Regelung der Tarife anzugeben. Ich habe überhaupt nicht, wie der Abg. v. Mirbach glaubte, von den Erfahrungen des Reichskanzlers gesprochen, sondern ich habe die Art mißbilligt, wie derselbe das bestehende Rechtsschicksal vor dem großen Publikum schildert, daß er, während ein sehr eingehendes gesetzliches Controlrecht vorhanden ist, in seinen Briefen sagt, daß das Publikum ohne jede gesetzliche Controlle der Ausbeute für Privatinteressen überlassen sei. Was die Holztarife aus Friedrichsruh betrifft, so kann man allerdings nicht für Alles, was in der Presse als Mittheilung des Reichskanzlers colportirt wird, den Reichskanzler verantwortlich machen, denn es wird ihm jetzt in der officiösen Presse zu viel Unfug, als aus gewissen engeren Befriedigungen herrührend, in den Mund gelegt. Ich tadle deshalb nicht den Reichskanzler, sondern die officiöse Presse, daß sie so falsche Nachrichten verbreitet, die der Abg. Strube soeben ziffermäßig widerlegt hat. Wenn der Abg. v. Kardorff hier wieder mit Refutation kommt, dann muß er seine Behauptung auch beweisen, es wird ihm sonst ergehen wie damals, als vor dem ganzen Hause constatirt wurde, daß bei der Oberösterreichischen Bahn von Refutation keine Rede sein könne, sondern daß die Oesterreicher in Oesterreich bis an die Grenze billiger fahren, als den schlesischen Fortschrittscommissar befähigen ließ. Wenn es wahr wäre, daß Holz von Ungarn nach Bochum billiger gefahren wird, als von Friedrichsruh dahin, dann müßte Oesterreich nicht nur gar keine Fracht erheben, sondern müßte sogar noch etwas zulegen.

Es ist auch in der Presse die Frage aufgeworfen worden, ob der Preisniedergang für Friedrichsruher Holz nicht darin seinen Grund hat, weil zu viel geschlagen wird im Verhältnis zum Bedarf. Und nun sollen die Eisenbahnen der Sündenbock für Alles sein! Die ausländischen Differentialtarife haben dieselbe Natur wie die inländischen. Sie beruhen auf dem Princip, daß bei wachsenden Entfernungen die Scala der Transportkosten eine fallende ist. Dieses Princip kommt natürlich bei dem Verkehr mit dem Auslande mehr zur Anwendung als beim Inlande, weil die Entfernungen größer sind. Die Herren, welche sich auf die Analogie der Post mit den Eisenbahntarifen berufen, müssen sich in Bezug auf Differentialtarife sehr in Acht nehmen. Gerade der Verfasser der Denkschrift, der Generalpostmeister, ist hier der schlimmste. Er befördert jetzt ein Traubenpaket zu demselben Preise von Ungarn wie von Grünberg nach Berlin. Die schlesischen Fortschrittscommissarbesten sind schon unzufrieden, daß das Holz von Lemberg und Breslau nur viermal so theuer gefahren wird, wie von Gleiwitz nach Breslau, es muß nach ihrer Ansicht noch viel theurer sein. (Widerspruch rechts.) Das sind die Zahlen, die uns Graf Stolberg mitgeteilt hat. Wie würden sie erst fallen, wenn zu demselben Preise — was ich auch für verkehrt halten würde — das Holz von Ungarn nach Berlin gefahren würde, wie von einer näheren Station.

Abg. Graf Stolberg (Rastenburg): Die Einwendungen des Abg. Richter gegen die auch mir bis jetzt unbekannte Denkschrift waren durchaus sachlich gehalten. In der dritten Lesung werden wir vielleicht darauf zurückkommen. Ich erkenne an, daß, soweit die Differentialtarife unsern Export nach dem Auslande betreffen, ich natürlich für dieselben bin. (Heiterkeit links.) Wir müssen uns gegen das Ausland sowohl mit den Mitteln der Eisenbahnpolitik als mit denen der Zollpolitik wehren. Ich bin überhaupt kein principieller Gegner der Differentialtarife; ich will nur, daß bei demselben nicht allein der Vortheil der Eisenbahnen, sondern vielmehr das Gesamtinteresse der Nation maßgebend sei. Mit der Ansicht, daß die Befreiung der Privatbahnen ein großer wirtschaftlicher Fehler sei, steht der Abg. Richter ziemlich isolirt da (Nein! links). Das vom preussischen Eisenbahnminister im Abgeordnetenhaus entwickelte Programm führt in seiner Consequenz zur Befreiung der Privatbahnen (Reider! links), und so wie ich die Berichte aufstufte, hat die Mehrheit der national-liberalen Partei diesem Programm zugestimmt; über das Tempo der Ausführung mögen die Ansichten verschieden sein. Es ist mir nicht recht klar geworden, ob der Abg. Richter für oder gegen eine reichsgezielte Regelung der Tarife ist. Zu Anfang seiner Rede sagt er, er sei nicht dagegen; zum Schluß erklärte er sie für sehr bedenklich. Er hält das Aufsichtsrecht der Einzelstaaten für hinreichend. Darin hat er vielleicht im Princip Recht. Ein preussischer Handelsminister kann mit voller Ausnutzung seiner Befugnisse und weignissen von den größten Mißbräuchen, die seitens der Eisenbahnen begangen worden sind, befreien. Aber thatsächlich ist heute unsere ganze Eisenbahnpolitik ganz von der persönlichen Auffassung des preussischen Handelsministers abhängig. Deshalb müssen wir eine gesetzliche Regelung fordern. Man kann ja nicht alle Einzelheiten des Tarifs feststellen, aber man muß allgemeine gesetzliche Normen schaffen. Dies führt uns nicht zu dem Reichseisenbahnproject; vielmehr stehen wir umgekehrt vor der Alternative, ob wir Reichseisenbahnen oder reichsgezielte Regelung des Eisenbahnwesens haben wollen. Ich habe mich früher für das Reichseisenbahnproject lebhaft interessiert, und jeder gesetzlichen Regelung Widerstand geleistet; jetzt habe ich mich überzeugt, daß die Reichseisenbahnen unbrauchbar sind, und bin deshalb für die gesetzliche Regelung des Tarifwesens, die man mit Recht zunächst aus der Eisenbahngesetzgebung herausgreift, da diese ganze Materie nicht auf einmal erledigt werden kann. Also gerade diejenigen, welche dem Reichseisenbahnproject widerstreben, sollen den Reichskanzler in dem Unternehmen einer Regulirung des Tarifwesens auf das Lebhafteste unterstützen.

Abg. v. Kardorff: Das Verlangen des Abg. Richter nach einer Aenderung des Reichstages über die Denkschrift, damit nicht etwa ein Gesetzesentwurf abgelehnt werde, wäre berechtigt, wenn dieser Abgeordnete Vertreter der Majorität des Reichstages wäre. Das ist aber weder in dieser noch in einer anderen Frage. Ich muß mir gefallen lassen, wenn Sie von meinen Ausführungen über Eingen, Spirit und Interessen des Grundbesitzes Alles dasjenige in Abzug bringen, von dem Sie glauben, daß es aus meinem persönlichen Interesse hervorgeht. Aber um mir Schweigen darüber aufzuerlegen, dazu sind diese Fragen zu allgemein. Ich verrete die Interessen des ganzen Landes. Der Abg. Richter brüstet sich, er würde niemals über Dinge sprechen, die sein eigenes Interesse tangieren. Die Preisinteressen tangieren sehr sein eigenes Interesse. Nach meiner Erinnerung hat er aber darüber sehr lebendig gesprochen. Er weist selbst darauf hin, wie schwankend und findend die Erträge der Eisenbahnen in den letzten Jahren gewesen sind. Sollte das nicht beweisen, daß die Eisenbahnen heute gegen ihr eigenes Interesse eine falsche Politik verfolgen, indem sie das Hauptgewicht auf den Durchgangsverkehr legen und den Localverkehr vernachlässigen und daß es für sie selbst eine Wohlthat sein wird, wenn sie einmal auf einen anderen Weg gewiesen werden. Ueber die Refutation und Differentialtarife hat für heute der Graf Stolberg genügend geantwortet. Ich glaube, die ganze Debatte wird das Resultat liefern, nicht die Ueberzeugung, die Herr Richter vertritt, sondern diejenigen Meinungen zu kräftigen, welche vom Reichskanzler und meiner Partei vertreten werden.

Abg. Windthorst: Ich bin persönlich immer ein Gegner des Reichseisenbahnplanes gewesen und bin von dem ersten Moment, wo der Gedanke hier ausgesprochen worden, dagegen aufgetreten. Ich freue mich, daß der Graf Stolberg erklärt, er habe diesen Plan aufgegeben. Dafür will er aber Staatsbahnen in den Einzelstaaten. Ich gebe ihm zu, daß der preussische Handelsminister sich im Abgeordnetenhaus in einem Sinne ausgesprochen, der dieses System andahnt; glaube aber, daß diese Ausführungen gemacht werden, um auf das Reichseisenbahnproject zurückzukommen. Dagegen kann ich nicht zugeben, daß das preussische Abgeordnetenhaus sich mit den Plänen des Ministers einverstanden erklärt habe. Man hat nur eine Resolution, nach welcher vom Anlauf von Privatbahnen vorläufig Abstand genommen werden sollte, abgelehnt. Es ist also bis jetzt Nichts beschlossen. Ich glaube, wenn das preussische Abgeordnetenhaus jetzt vollständig zusammen wäre, so würde es den Anlauf von Privatbahnen nicht billigen. Zwar glauben Manche, daß sie damit nicht für immer die Acquisition von Privatbahnen ablehnen würden; sie halten nur die gegenwärtige Zeit für nicht dazu geeignet. Das haben sogar Mitglieder ausgesprochen,

die ganz bestimmt für Staatseisenbahnen sind. Ich meine, daß das gemischte System im Interesse der weiteren Entwicklung der Eisenbahnen und in dem des ganzen Publicums liegt. Darüber, ob die Tarife durch ein allgemeines Gesetz festzustellen seien, ist hier nur ganz allgemein gesprochen worden, und zwar so, daß beide Theile Recht behalten konnten. Was man aber eigentlich in dieser Richtung will, davon haben wir nichts gehört. Der Graf Stolberg will nicht alles Einzelne feststellen, aber er verlangt bestimmte Grundsätze. Wir wollen warten, bis solche vorgelegt werden, aber uns heute nicht erheben und in dieser großen Frage Position nehmen. Wir thäten wohl, die ganze wirtschaftliche Frage ruhiger aufzufassen und nicht vorzeitig überall Erklärungen abzugeben. Die Sache ist ernst und muß ernst geprüft werden. Was das schließliche Resultat sein wird, weiß ich nicht, aber aus den jetzigen Discussionen gehe ich so belehrt heraus, wie ich hereingekommen bin. (Heiterkeit.)

Abg. Richter: Auch ich meine, daß der Abg. v. Kardorff mit Unrecht glaubt, daß die heutigen Ausführungen, namentlich die von jener Seite im Lande die Meinung derjenigen stärken, welche die Politik des Reichskanzlers in der Tariffrage vertreten. Die Sache ist nicht so leicht zu erledigen, daß die wenigen Ausführungen solche überzeugende Wirkung hätten. Ich habe darin jedes Detail vermisst, ohne welches diese Frage nicht zum Austrag zu bringen ist. Man muß hierbei die Principien-Reiterei ganz unterlassen. Ich bin weder für noch gegen die Differentialtarife; man kann die Frage aber auch nicht so beantworten, wie Graf Stolberg es will, nämlich im Innern verneinen, das außen bejahen. Was die Seestädte betrifft, so kann man im Namen derselben jetzt kaum mehr sprechen, ohne in den Verdacht des krassesten Egoismus zu treten. Es wird aber die Zeit kommen, wo man anerkennen muß, daß auch die Interessen einer Gegend zu berücksichtigen sind, die zur Zeit, als das Vaterland am Boden lag, mit ihrer ganzen Existenz für seine Rettung eintrat. Damals hielt man die Interessen der Küstenstriche für gleichberechtigt mit denen des Binnenlandes. Heute wird die Abseerei so behandelt, als verdiente sie nicht dasselbe Interesse wie die Binnenindustrie. Bei den Differentialtarifen aber sind die Seestädte nicht in der Art und dem Umfange interessiert, wie Abg. von Mirbach glaubt. Für meine Heimathstadt Danzig haben die Differentialtarife für gewisse Zweige geradezu tödlich gewirkt, und die Vertreter dieser Stadt haben Jahre lang gekämpft, um gewisse Differentialtarife zu beseitigen, die den Verkehr zu unterdrücken suchten. Man kann aber diese Frage nur an der Hand concreter Thatsachen beurtheilen, mit deren Ermittlung die Enqueten noch nicht fertig sind. Glaubt denn der Abg. von Mirbach nicht, daß der preussische Handelsminister schon heute auf Grund des Eisenbahngesetzes von 1838 die Macht hat, den Privatbahnen die Tarife zu dictiren? (Widerspruch rechts.) Ja das hat der Handelsminister selbst erklärt. Einem von ihm ausgehenden Drucke können die Privatbahnen auf die Dauer nicht widerstehen. Mögen wir also die Bahnen kaufen wollen oder nicht, so ist damit die Frage nicht gelöst.

Graf Stolberg will, daß die Tarife im Interesse des Landes und nicht in dem der Eisenbahnen regulirt werden. Aber wenn alle Privatbahnen Staatsbahnen geworden sind, so ist ihr Vortheil doch kein anderer als der allgemeine Vortheil. Es fragt sich vielmehr, ob die Transportkosten von demjenigen getragen werden sollen, der seine Güter auf der Eisenbahn fährt, oder von den Steuerzahlern im Allgemeinen. Daß aber die Herren ihre Producte auf Kosten der Steuerzahler billig fahren, das werden die Finanzminister der einzelnen Staaten nicht dulden. Ich beunruhige mich aber gar nicht über alle die Experimente, die auf uns losstürmen; die Tariffrage ist wichtiger und schwieriger als die Zollfrage; daher werden die Leute die das große Experiment ihrer Lösung in die Hand nehmen, noch Jahre lang damit sitzen bleiben, indem sie die Techniker nicht finden, die die schönen Gesetze ausarbeiten, mit denen man die ausgleichende Gerechtigkeit im Eisenbahnwesen herbeiführen will. — Ich frage nun die Regierung, welche Ansicht sie über die Förderung von Localbahnen hat. Wir werden in den nächsten Jahren nicht viel Normalbahnen bauen, da hier eine Ueberproduction vorhanden ist. Dagegen ist die Förderung von Localbahnen dringend nötig, weil sie als Zubringer für die Normalbahnen dienen sollen, und weil wir, je länger wir mit ihrer Durchführung zögern, um desto mehr unnützes Geld für Chaussees ausgeben, für welche keine Verschwendung getrieben werden darf. Um die Localbahnen zu fördern, sollten ihnen Erleichterungen gewährt werden gegenüber der Militärverwaltung, der Post- und Marineverwaltung und in Bezug auf die Tarife. Diesem Wunsche des preussischen Abgeordnetenhauses soll die Reichsregierung, wie der preussische Handelsminister erklärt hat, bereits Rechnung tragen. Die Frage muß aber definitiv und zwar gesetzlich geregelt werden.

Geh. Rath Körte: Die Reichsregierung wendet der Förderung der sogenannten Localbahnen in Erkenntnis ihrer hochwichtigen Bedeutung die vollste Aufmerksamkeit zu. Das Reichseisenbahngesetz insbesondere ist stets für die Gewährung möglicher Erleichterungen eingetreten, wie dies die Bahnordnung für Bahnen untergeordneter Bedeutung vom 12. Juni v. J. durch ihre Bestimmungen über den Bau und die Ausrüstung der Betriebsmittel in Bezug auf die Signaleinrichtungen und den Betrieb selbst beweist. Was die einzelnen Fragen betrifft, so ist über das Verhältnis der Postverwaltung zu den Localbahnen zwischen den zunächst beteiligten Ressorts eine Verständigung über Normativbestimmungen erfolgt, welche für alle neu anzulegenden Bahnen Anwendung finden sollen. Derselben gehen davon aus, daß den Localbahnen nicht finanzielle Opfer auferlegt werden, welche deren Zustandekommen oder Bestandfähigkeit irgendwie gefährden könnten; im Princip ist die Erfüllung aller Selbstkosten bezüglich der Leistungen für die Postverwaltung angenommen. Hinsichtlich des Verhältnisses zur Telegraphenverwaltung ist eine feste Regelung noch nicht erfolgt, sie wird voraussichtlich im Anschluß an eine allgemeine Regelung des Verhältnisses der Hauptbahnen zur Telegraphenverwaltung erfolgen. Mit der Militärverwaltung sind die Verhandlungen noch im Gange. Es wird ein ausführliches Reglement ausgearbeitet, doch konnten die Verhandlungen darüber noch nicht zum Abschluß gebracht werden.

Abg. Richter (Hagen) persönlich: Ich wollte dem Abg. von Kardorff gegenüber bemerken, daß ich beim Preßgespräch nicht gesprochen habe, übrigens auch nicht bei einem Preßunternehmen finanziell theilhaftig bin.

Der Etat des Reichseisenbahnministers wird unverändert bewilligt. Beim Etat des Reichskanzleramtes für Elsaß-Lothringen beklagt Abg. Winterer, daß die Anwendung einer auf Veranlassung des Oberpräsidenten von einem Regierungsrath veranstalteten Uebersetzung eines französischen Kirchengesetzes, in der z. B. das Wort „employé“ anstatt mit „Angestellter“ mit „Ausüber“ übersetzt worden sei, zu mannigfachen Uebelständen geführt habe und wünscht eine Erklärung der Reichsregierung, ob diese Uebersetzung einen officiellen Charakter habe? Der Redner führt ferner darüber Klage, daß die Gefängnisse in Elsaß-Lothringen, dessen moralische Zustände sich erheblich verschlimmert und in dessen Spitätern die Fälle von Syphilis erheblich zugenommen hätten, eine außerordentlich große Zahl von Ausländern beherbergten, so daß man beinahe berechnen sei, Elsaß-Lothringen für den Sammelplatz von Banditen und Landstreichern aus den benachbarten Ländern zu erklären. Die Polizei könne man insofern nicht von aller Schuld freisprechen, als sie ihrer politischen Aufgabe zu viel Aufmerksamkeit schenke. Redner behauptet schließlich, daß das Steuersystem eine Ueberbürdung der Reichslande mit Spirit und gefälschtem Wein und einen Contum von Brantwein herbeiführt habe, der alle Grenzen überschreite; das Land leide stark unter dieser Plage des Alkoholismus, auf welchen die starke Vermehrung der Zahl der Geisteskranken zurückzuführen sei.

Unterstaatssecretär Herzog erwidert, daß die vom Vorredner bemängelte Uebersetzung zwar auf Anregung des Oberpräsidenten entstanden sei, aber keine officiöse Autorität besitze. Die Zunahme der Gefangenen erkläre sich hinlänglich durch die Milderung des Strafgesetzes und die strengere Aufsicht. Ueberdies dürfe man nicht vergessen, daß die Regierung die in den französischen Gefängnissen inhaftirten Gefangenen, welche aus Elsaß-Lothringen stammten, habe übernehmen müssen. Gerade die Geisteskranken habe die Pflicht, die Regierung in ihren auf die Hebung der Sittlichkeit gerichteten Bestrebungen zu unterstützen und die Regierung würde eine solche Unterstützung dankbar willkommen heißen. Was die Vermehrung des Brantweingenußes anlangt, so schenke die Regierung dieser Seite des öffentlichen Lebens die größte Aufmerksamkeit.

Abg. Dr. Zinn hält dem Abg. Winterer entgegen, daß er unterlassen habe, mitzutheilen, wie groß früher in Elsaß-Lothringen die Zahl der Fälle von Syphilis außerhalb der Spitäler gewesen sei. Für die Erklärung, daß im Lande die Zahl der Geisteskranken zugenommen habe, dürfe man die Regierung nicht verantwortlich machen, da diese Erscheinung eine ganz allgemeine sei. Der Hauptgrund für dieselbe sei in der größeren Sorgfalt, die man diesen Kranken jetzt zuwende, und in dem erhöhten Verständnis für diese Krankheiten zu suchen. Man setze also, daß alle Behauptungen der Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen in reines Nichts zerfielen, sobald man denselben näher trete.

Abg. Windthorst kann diese letzte Ansicht nicht theilen und behauptet, daß die Abgeordneten aus den Reichslanden um so mehr ein Recht hätten, Mißstände im Reichstage zur Sprache zu bringen, als die Regierung bei ihrer großen Entfernung von Elsaß-Lothringen nicht die nötige Wachsamkeit entwickeln könne. Was die Uebersetzung des Gesetzes anlangt, so sei es sehr wünschenswert, daß die Regierung in der Presse des Landes

darauf aufmerksam mache, daß diese Uebersetzung keine officiële sei und daß sie überhaupt dafür Sorge, daß endlich in Elsaß-Lothringen ordentliche Preßverhältnisse hergestellt würden. Den Appell des Unterstaatssecretärs an die Geistlichen des Landes begrüßte er als Beweis dafür, daß die staatlichen Behörden der Unterstützung der Kirche bedürften; dann solle der Staat die Kirche aber auch freundlich behandeln und ihr vor allen Dingen nicht den Einfluß auf die Schule entziehen. Die richtige Behandlung der Kirche in Elsaß-Lothringen sei aber auch eine bedeutende politische Weisheitsmaßregel, die sich dann besonders geltend machen werde, wo man in Frankreich mit den Verfolgungen der Kirche beginne. (Beifall im Centrum.)

Der Etat wird unverändert bewilligt.
Eine erhebliche Debatte erledigt das Haus die Etats des Rechnungshofes und des allgemeinen Pensionsfonds; bei dem letzteren fragt Abg. v. Bernuth wie schon in früheren Jahren, ob endlich die seit sieben Jahren verpöbte Vorlage wegen gesetzlicher Regelung der Unterstützung der Hinterbliebenen von Reichsbeamten erfolgen werde.

Reichskanzleramtpräsident Hofmann: Die Vorlage ist fertig gestellt und den betheiligten Ressorts der Reichsverwaltung zur Aeußerung zugegangen; es muß nun noch die commissarische Verabreichung stattfinden, ehe die Vorlage an den Reichstag gelangt; ob diese Verhandlungen so schnell erledigt werden können, daß die Vorlage noch jetzt an den Reichstag kommen kann, vermag ich nicht zu sagen.

Um 4½ Uhr vertagte das Haus die weitere Verhandlung des Etats bis Sonnabend 12 Uhr; außerdem steht noch die Convention betr. Schutzmaßregeln gegen die Reblaus und das Bogelschussgesetz auf der Tagesordnung.

Berlin, 13. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem Kgl. belgischen Obersten P. Olivier, Commandeur des ersten Guides-Regiments, den königlichen Kronorden zweiter Klasse; dem königlich belgischen Rittmeister Baron Greindl, Adjutanten desselben Regiments, und dem Kgl. griechischen Hauptmann im Generalstabe und Adjutanten des Kriegs-Ministers, Georgios Korpas, den königlichen Kronorden 3. Klasse verliehen.

Berlin, 13. März. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfing heute den aus St. Petersburg hier eingetroffenen General-Adjutanten, General-Lieutenant v. Werder, und nahm demnach die Vorträge des Kriegs-Ministers und des Generals von Albedyll entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] erschien gestern in der Soirée des Grafen zu Stolberg und war heute in einer Vorstandssitzung des Frauen-Vereins anwesend. (R.-M.)

Berlin, 13. März. [Neue Ressortabgrenzung der Ministerien.] — Beurlaubungen der Geistlichen. — Internationaler Telegraphenvertrag. — Telegraphenwesen. — Postalisches. Auf Grund des Gesetzes, betreffend Abänderungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Zuständigkeiten des Finanzministers, des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten und des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten geht die bisherige 2. Abtheilung des Finanzministeriums, für Domänen und Forsten, als 2. Abtheilung des landwirtschaftlichen Ministeriums an letzteres. Die bisherige 4. Abtheilung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, „Gewerbe und Handel“, geht über an das neue preussische Handelsministerium, mit Ausnahme des technischen Unterrichtswesens, welches an das Ministerium des geistlichen, Unterrichts- und Medicinalwesens fällt. Der bisherige Director der Abtheilung für Gewerbe und Handel, Jacobi, wird dieselbe auch im neuen Ministerium als Director zu leiten fortführen. Hierdurch wird auch die Bezeichnung, wie schon im obengedachten Gesetz vorgeschrieben, eine andere; der betreffende amtliche Erlaß dürfte für Ende des Monats bevorstehen. Dagegen wird die räumliche Verlegung der anderen Ministerien zugetheilten Abtheilungen in die anderen Ministerialgebäude noch nicht sofort stattfinden. — In den Consistorialbezirken der östlichen Provinzen findet bei der Beurlaubung der Geistlichen ein verschiedener Modus statt; diese Ungleichheit hat in den Verhältnissen seine Begründung und führt mancherlei Unzuträglichkeiten herbei. Der Evangelische Oberkirchenrath hat daher den Consistorien der östlichen Provinzen einen Circularerlaß zugehen lassen, welcher unter Mittheilung neuer Bestimmungen entgegengesetzte Verwaltungsvorschriften aufhebt. — Nunmehr ist auch Japan dem internationalen Telegraphen-Vertrag von St. Petersburg beigetreten. — Für die zweite Hälfte des März ist die Eröffnung von 25 neuen Telegraphen-Anstalten bevorstehend, davon 9 mit Fernsprecher. — Nach einer Verfügung des General-Postmeisters werden vom 1. April d. J. ab Zeitungen unter Kreuzband auch an Personen der Schiffbesatzung solcher deutscher Kriegsschiffe, welche sich in fremden Gewässern befinden, zur Beförderung durch Vermittelung des Marine-Postbüreaus in Berlin zugelassen. Die Zahlungsgeld beträgt für je 50 Gr. 5 Pf.

Berlin, 13. März. [Zur Regelung der Eisenbahn-Tarife.] — Die Tabaksteuer-Vorlage. Ueber die gesetzliche Regelung einheitlicher Eisenbahntarife sind die widersprechendsten Nachrichten verbreitet. Nach dem Stande der Angelegenheit im gegenwärtigen Augenblick ist man nicht zu der Annahme berechtigt, daß die Frage schon in der nächsten Zeit ihre Erledigung finden möchte, ja es bleibt zweifelhaft, ob dies bereits im Laufe der Session wird geschehen können. Dies entspricht allerdings wenig der anfänglichen hastigen Inangriffnahme des Projectes von Seiten des Reichskanzlers, der, wie bekannt, den Generalpostmeister Dr. Stephan mit der Aufarbeitung eines Entwurfes betraute. Dieser Austrag war sehr schnell erfüllt, der Generalpostmeister legte in kurzer Zeit einen Entwurf von 10 Paragraphen vor, welcher den Intentionen des Reichskanzlers vollkommen entsprach. Allein es wurde doch von den verschiedenen Bundesregierungen eine Reihe von Bedenken erhoben, welche zunächst bewirkt haben, daß der Fortgang der Angelegenheit so lange gehemmt ist, bis jene Bedenken durch Sachverständigen-Gutachten geboben sein möchten. Mit der Einholung dieser Gutachten ist man jetzt beschäftigt. — Wie wir mit Bestimmtheit melden können, wird nach dem jetzigen Stande der Arbeiten der Gesetzentwurf, betreffend die anderweite Besteuerung des Tabaks (Gewichtsteuer), an einem der ersten Tage nächster Woche an den Bundesrath gelangen. — Die Steuersätze sind dem Vernehmen nach möglichst hochgegriffen, um den schließlichen Festsetzungen vollen Spielraum zu lassen; wahrscheinlich gelangt die Vorlage noch vor Oftern an den Reichstag.

Gefetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Saarbrücken, 10. März. [Die Wunder von Marpingen.] (Fortsetzung.) Der Zeuge Gendarm Ruhn aus St. Wendel wird vorgeladen. Der Präsident erklärt, der Zeuge habe damals gehört, daß die Kinder einen Leichenzug gesehen, welcher durch die Luft gezogen sein soll, und daß sie dann aus dem Hause auf die Wiese gegangen seien, um den Zug zu verfolgen. Es könne damit der Gedanke verbunden werden, es handle sich um eine Vision. Man könne auch denken, die Kinder seien, wie der Zug aus dem Hause kam, auf die Wiese gegangen, um den Blick auf den Kirchhof zu gewinnen, und man könnte daraus schließen, es könne sich nur allein um eine visionäre Erscheinung handeln. Der Untersuchungsrichter scheint auch davon ausgegangen zu sein. Der Zug habe sich auf das Grab der Schwester des Pastors Neureuter gestellt. (Es werden nun die Pläne vorgelegt und vom Gerichtshof und der Verteidigung eingelesen.) Zeuge sagt nun aus, die Kinder hätten vor dem Hause gespielt und da sei der Leichenzug nach der Kirche zu gekommen, und da müßte man, um gut beobachten zu können, nach der Wiese gehen; ein Unbekannter könne das Grab nicht erkennen. Auf Fragen des Präsidenten, wie weit die Entfernung vom Grab zur Wiese sei, erklärt Zeuge, sie betrage durch die Luft vielleicht 600 Schritt, zu Fuß 800; da stehen Tannenbäume, das Grab selbst ist nicht zu sehen. Die Verteidigung stellt fest, daß

für den Ortskundigen das Grab durch die Tanne zu erkennen sei. — Zeugin Klein, Lehrerin aus Marpingen, wurde am 11. September von Döley nach Marpingen versetzt und die Lehrerin Andree dorthin. Die Zeugin sagt aus, sie habe gehört, daß Erscheinungen in der Schule stattfinden sollten, sie habe mit den Kindern nicht darüber gesprochen. Am 1. September, Nachmittags, seien die Kinder zu ihr gekommen und hätten gesagt, sie hätten die Mutter Gottes gesehen, und zwar an der Wand. Sie habe sich den Ort nicht zeigen lassen, aber den Kindern gesagt: „Lagt ihr auch nicht?“ Die Kinder hätten geantwortet: „Nein, wir lägen nicht.“ Präsi.: War Ihnen bekannt, daß die Kinder außer der Schule viel zu thun hätten? — J.: Wenn die Kinder aus der Schule waren, gingen die Fremden auf sie zu und befragten sie. Wenn die Kinder mich dann sahen, haben sie sich zurückgezogen; wenn ich mich näherte und die Kinder gewahrten mich, dann zogen sie sich von den Fremden zurück. Sie hatten Grund dazu, ich hatte ihnen gesagt, sie sollten mir gegenüber nichts mehr sagen. Sachverständiger Dr. Trost, Arzt aus St. Wendel, sagt auf die Fragen des Präsidenten, „er habe ja gehört, daß dem Kinde der Kunz die Communion gereicht wäre und daß dieses lebensgefährlich krank gewesen sei“, folgendes aus: Die Mutter Kunz habe ihm das Kind gebracht wegen eines kleinen Fußwunders, er habe dafür eine Salbe verschrieben und acht Tage nachher sei ihm die Nachricht gebracht worden, das Kind sei wieder geheilt. Es sei nur sonst noch etwas krank und aufgeregter. Von einer lebensgefährlichen Krankheit sei ihm keine Kunde geworden. — Präsi.: Nach Ihrer früheren Aussage war es etwa in den letzten Tagen des Juli oder in den ersten des August, als das Kind bei Ihnen war, und am 7. August hat dasselbe die Communion bekommen; eine Aufforderung, das schwerkrande Kind zu besuchen, ist Ihnen also nicht geworden? — J.: Nein. — Es wird zunächst ein amtliches Protokoll vorgelesen, wonach am 9. August der Untersuchungsrichter Kleber und der Staatsprocurator Massow bei ihren Verhandlungen auch im Hause der Kunz gewesen sind. Die Gretchen Kunz habe in einem Bette gelegen, dessen Vorhänge zugezogen waren. Die Schwester habe gesagt, das Kind sei schwer krank. Der Staatsprocurator habe einmal den Vorhang des Bettes zurückgezogen und dem Kinde, welches ihm den Rücken zudrehte, zugerufen. Da habe sich dasselbe herumgedreht und gelacht. Der Staatsprocurator habe da gesagt, mit der Krankheit scheine es doch nicht so weit her zu sein. Da habe das Kind gesagt, man könne doch lachen, wenn man krank wäre. Die Schwester habe darüber beleidigt geäußert und gesagt, Dr. Trost habe das Kind noch vor Kurzem besucht. Lehrerin Walter aus Essen ist vom 22. bis 27. August 1877 in Marpingen gewesen. Dieselbe hat die drei Kinder gesehen, dieselben hätten aber nichts über die Erscheinung mitgeteilt, sondern ihr gesagt, es sei ihnen verboten, darüber zu sprechen. Zeugin glaubt zuerst, daß es ihnen von Neureuter nicht verboten gewesen. Als ihr jedoch der Präsident ihre frühere Aussage vorhält, wonach sie früher gesagt, daß ihr die Eltern der Kinder mitgeteilt, der Pastor Neureuter habe den Kindern verboten, von der Erscheinung zu sprechen, sagt Zeugin, wenn das so da stehe, dann sei es auch wahr. Auf die Frage des Präsidenten, ob es ihr bekannt sei, daß die Eltern Vortheile durch Beherbergung fremder Gäste gehabt hätten, erwidert Zeugin, daß sie gesehen, wie die Eltern der Kinder Gäste aufgenommen hätten. — Es werden darauf die früheren Aussagen des Zeugen Gregorius vorgelesen, worin es heißt: Als beim Gastwirth Thome die Vernehmung stattgefunden, habe er drei Wunderkinder in der Wirthsstube gesehen. Ein ihm unbekannter 50—60 Jahre alter Bauer aus Marpingen habe sich bei ihm darüber beklagt, daß man die Sache so auskommen lasse, die Felder würden dadurch zertreten, u. s. w. Die Frau habe dieselbe Rolle schon in der Alsdorfer Mühle gespielt; und dabei deutet er auf die Frau Kunz. Der Alsdorfer Schöpperrath habe damals von der Sache nichts wissen wollen. Die Frau Kunz habe auf einmal den drei Kindern Rosenkränze geholt. Die Väter hätten dabei gesehen und Tabak geraucht und auf seine Frage, was die Herren oben davon denken sollten, habe die Frau Kunz erwidert, die Kinder könnten jetzt ohne Rosenkranz nicht mehr leben. — Zeuge Peter Scherer, Bäcker und Wirth in Marpingen, 53 Jahre alt, hat seine frühere Erklärung mit den Worten eingeleitet: er sei immer Gegner der Erscheinungen gewesen. — Präsi.: Was haben Sie anfangs von der Sache gehört? — Zeuge: Zuerst ist mein Kind gekommen und hat mir erzählt, im Walde sei an der betreffenden Stelle die Mutter Gottes den Kindern erschienen, da sagte ich: das ist dummes Zeug, ich habe solche Sachen schon mehrmals gehört. — Präsi.: Wurde anfangs nicht das Gerede gemacht, daß die Lehrerin Andree mit den Kindern im Walde gewesen sei? — Zeuge: Ich habe davon gehört, ich kann aber nichts Genaues sagen.

Präsi.: Ist nicht einmal die Rede davon gewesen, wie die Kosten für 4000 Mark Umlage für das Militär gedeckt werden sollten? — J.: Ich habe damals mit dem Ortsvorsteher Gessen eine Unterhaltung gehabt. Ich sagte ihm, sie sollten doch zu dem Bürgermeister und Landrath gehen und sagen, es wäre ja nichts und sie sollten die Kosten auf die Leute verteilen, die daran betheiligt wären und sich an diejenigen halten, die die Sache betreiben hätten, die könnten auch die Kosten bezahlen. — Präsi.: Ist nicht auch das Gerücht verbreitet worden, die Gemeinde brauche nichts zu zahlen, die Mutter Gottes habe es den Kindern gesagt? — J.: Der Hubertus und Leist haben mir gesagt, die Gemeinde brauche nichts zu zahlen, die Mutter Gottes würde sorgen. — Präsi.: Haben Sie nicht in Erfahrung gebracht, daß einzelne Bewohner an Ort und Stelle waren und daß sie die ihnen aufgegebenen Gebete gebetet und das Wasser benutzt haben und doch nicht geheilt worden sind? — J.: Ja, das ist mehrfach vorgekommen (er nennt mehrere mit Namen). — Präsi.: Sind Sie nicht einmal von einem jungen Geistlichen befragt worden, der ihre Erklärung zu Protokoll genommen hat? — Zeuge: Ja. — Auf die Aufforderung des Präsi., wer es gewesen sei, er solle sich mal umsehen, erkennt der Zeuge den Caplan Dide; es sei nach der Anwesenheit des Militärs gewesen. — Präsi.: Caplan Dide! Geben Sie die Sache zu? Sie haben sich ja früher unbestimmt darüber geäußert. Haben Sie bei Personen Erklärungen über das Militär aufgenommen? — Dide giebt das zu. Dieses Zeugen aber erinnere er sich nicht mehr, es sei aber möglich. Zeuge erklärt ferner, Caplan Dide und der Pastor von Alsdorfer (Schneider) hätten untereinander gesagt: „Die Mutter Gottes würde jetzt die Liberalen rangiren“, sie haben darüber gelaßt und gelacht; und unter Pastor Neureuter war mit dabei, hat sich aber schon daborgehalten. — Präsi.: Diese Sache ist neu, wir wollen das besonders ins Protokoll aufnehmen. (Caplan Dide erinnert sich nach Vorlesen des Protokolls über die Aufnahme einzelner Ansätze in demselben.) Präsi.: Können Sie nicht sagen, ob anfangs die Männerwelt von Marpingen nicht Glauben gehabt habe? — J.: Ich habe mich wenig um die Sache gekümmert. Der Zeuge hat ferner mit dem Lehrer Bongard eine Unterhaltung gehabt; den Kindern sei die Frage gestellt worden, wenn die Mutter Gottes wirklich da sei, so möge sie sich doch aller Welt zeigen. Da habe die Mutter Gottes gesagt: Das würde sie thun, aber die Zeit sei noch nicht da. Ferner habe ihm die Lehrerin Klein explicirt, die Kinder hätten die Erscheinung in der Schule gehabt und da sei die Mutter Gottes einmal weiß, einmal blau und von verschiedenen Farben gewesen. — Präsi.: Nun ja, das von den verschiedenen Farben ist ja hinreichend beleuchtet. Zeuge Caspar, der telegraphisch geladen worden, sagt aus, der Zeuge Schug sei zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, er solle ihm die Erklärung in seinem Namen aufnehmen. Er habe dem Schug die Erklärung laut und deutlich vorgelesen und da habe er dieselbe unterschrieben. Er habe ihn vorher noch gefragt, ob das auch Alles wahr sei. Präsi. bemerkt, der Schug habe gestern bemerkt, er habe nichts unterschrieben, was in die Zeitung kommen solle. — J.: Dann habe der Schug entweder eine Dummheit gesagt, oder es sei ein Mißverständnis. Zeuge hat noch mehrere solcher Erklärungen verfaßt, u. A. dem Peter Kohn aus Wiesbaden; er habe dies den Leuten, die zu ihm gekommen, aus Gefälligkeit gethan. — Präsi.: Es ist nur bebaurend, daß Leute, die Sie als dumm bezeichnen, auf diese Weise an die Öffentlichkeit treten. Haben Sie das aus freiem Antriebe geschrieben? — J.: Nein. Die Erklärung ist der Wahrheit gemäß, wie ich sie heute abgegeben.

Provinzial-Beitung.

* Breslau, 14. März. [Prof. Anderssen.] Lehrer am reform. Gymnasium, der berühmte Schachspieler, ist gestern Abend gestorben.

—r. Breslau, 12. März. [Bezirksverein für den nordwestlichen Theil der inneren Stadt.] Die gestrige allgemeine Versammlung, welche in dem oberen Saale des Café Restaurant stattfand, wurde durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwalt Wiener, eröffnet. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Verabreichung einer Geschäfts-Ordnung. Nachdem der vorgelegte Entwurf paragraphenweise durchgesprochen worden war, wurde er von der Versammlung einstimmig angenommen. — Hierauf besprach der Vorsitzende des Vereins, Herr Sanitätsrath Dr. Eger, in sehr eingehender Weise den städtischen Etat. Nachdem darauf noch Herr Schufabrant Elsner und Herr Scholz über den Etat gesprochen hatten, nahm die Versammlung mit großer Majorität folgende Resolution an: Der Bezirksverein für den nordwestlichen Theil der inneren Stadt beschließt, die Stadtverordneten-Versammlung zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß bei der jetzigen schweren, arbeitslosen Zeit nur die dringendsten directen

Steuern erhoben werden, und daß in allen benachbarten Verwaltungen, in denen es möglich ist, eine Reorganisation eintrete. — Nach Erledigung des Tagesgeschäftes schloß der Vorsitzende die Versammlung.

o Pittfien, 13. März. [Vereins-Angelegenheiten.] Der hiesige Thierfuchsberein hat im Laufe d. M. seinen ersten Jahresbericht, die Zeit vom 20. Februar 1876 bis Ende 1878 umfassend, veröffentlicht. Nach demselben hat der vor 3 Jahren von wenig Mitgliedern gegründete Verein gegenwärtig 113 Mitglieder, darunter 10 weibliche. Protector ist der königl. Landrath des hiesigen Kreises, Ehrenmitglieder sind bis jetzt 3 ernannt, unter ihnen die Schriftstellerin, Frau v. Schwarz (Elpis Malena) zu Cholepa auf Kreia. — Der Verein gehört dem Verbandschlef. Thierfuchsbereine an. An Sitzungen wurden im Ganzen gehalten: 8 Vorstandssitzungen, 19 allgemeine Sitzungen und 7 General-Versammlungen. Das Vereins-Vermögen besteht aus 110 Mark 78 Pf. einschließlich 100 Mark, welche Frau v. Schwarz geschenkt hat und deren Zinsen jährlich als Prämie für die zwei besten Aufsätze von Jünglingen der Fortbildungsschule verwendet werden sollen. Der Verein hat im Ganzen zehn Warnungen ergehen lassen und zwei polizeiliche Verurtheilungen veranlaßt. Futterkästen, vom Vereine angeschafft und unterhalten, fördern den Schutz der gefährdeten Säger.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Peß, 13. März. Die Meldungen aus Siegedin besagen, daß das Glend dort noch immer zunimmt. Die Rettungsschiffe stoßen auf Straßentrümmer, so daß die Rettung oft unmöglich wird, die Fluth steigt fortwährend, die noch etwa 600 Quadratmeter umfassende trockene Insel wird immer kleiner. In Folge des Umklüppens eines Rettungsbootes sind 7 Frauen ertrunken, bei dem Eintritt der Katastrophe kamen 15 Honveds und 20 Soldaten in den Wellen um. Die Staatsbahn hat gestern 10,000 Menschen unentgeltlich befördert. Noch immer weht heftiger Sturm, die Ueberschwemmungsluth ist zwei Fuß höher als das Niveau der Theiß. — Im Unterhause hat die Regierung eine Vorlage, betreffend die Bewilligung eines Moratoriums für Siegedin, eingebracht.

Versailles, 13. März, Abends. Kammer. Brisson hält die Schlußfolgerungen des Berichts aufrecht und beharrt darauf, daß ein Comploit gegen die Republik bestand. Er beantragt, die Minister vom 16. Mai wegen Hochverraths zu verfolgen. Waddington spricht sich sehr scharf gegen die Minister vom 16. Mai aus, giebt die Richtigkeit der Prämissen in Brissons Bericht zu, weist aber die Schlußfolgerungen desselben zurück. Er wolle keinen Proceß gegen die früheren Minister, weil derselbe nur Verwirrungen im Lande hervorgerufen, die zum Schweigen gebrachten Klagen neubeleben und gegen das Interesse Republik sein würde. Er erinnert an die Reclamationen der Industriellen, welche wollten, daß die Kammer Geschäfte discutire, sich von brennenden Fragen fern halte, auf jede retrospective Politik verzichte, vorwärts, nicht rückwärts blicke. Er erklärt ferner, das allgemeine Stimmrecht habe über den 16. Mai Gericht gehalten, stellt die Vertrauensfrage, indem er gleichzeitig an den Patriotismus und den Edelmut der Kammer appellirt und dieselbe auffordert, den ruhigen, friedlichen Weg zu betreten. (Beifall im linken Centrum.) Die Sitzung wird sodann auf kurze Zeit suspendirt. Nach Wiedereröffnung derselben tritt Floquet lebhaft für die Anklage ein. Die Erhebung der Anklage gegen die Minister vom 16. Mai wird indeß mit 317 gegen 159 Stimmen abgelehnt. Rameau (Linke) beantragt eine motivirte Tagesordnung, welche das Verhalten der Minister brandmarkt. Cazeaux (Bonapartist) bekämpft dieselbe. Die Debatte sei erschöpft, der Antrag verstoße gegen die Geschäftsordnung. Clemenceau schlägt die einfache Tagesordnung vor; dieselbe wurde mit 225 gegen 187 Stimmen abgelehnt, die von Rameau vorgeschlagene motivirte Tagesordnung mit 240 gegen 154 Stimmen angenommen.

London, 13. März. Bei prachtvollem Frühlingswetter fand heute Mittags 12 Uhr die Vermählung der Prinzessin Margarethe Luise von Preußen mit dem Herzog von Connaught in der Georgskapelle des Windsor-Schlusses statt. Die Hochzeits-Procession der hohen Fürstlichkeiten bewegte sich in Staatskarossen vom Schlosse nach der Kapelle. Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Friedrich Karl trat mit ihrem Sohne, dem Prinzen Friedrich Leopold, in die Kapelle ein, Ihre Kaiserl. und königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin mit dem Prinzen Wilhelm von Preußen, hiernächst der König und die Königin der Belgier, sodann erschien die Königin Victoria, welche auf einem haut-pas vor dem Altare Platz nahm. In besonderer Procession erschien der Bräutigam zwischen dem Prinzen von Wales und dem Herzog von Edinburgh als Zeugen, nach ihm die Prinzessin Braut, geführt von ihrem Vater, dem Prinzen Friedrich Karl, und Sr. Kaiserl. königl. Hoheit dem Kronprinzen. Acht Damen aus der Peerage trugen die Schleppe der hohen Braut. Die Trauung verrichtete der Erzbischof von Canterbury. In dem Momente der Segensvertheilung erklangen Geschälben. Nach der Trauung umarmte die Prinzessin Luise Margarethe ihre hohen Eltern und wurde dann von der Königin umarmt. Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Karl trug die Uniform des Brandenburgischen Zieterschen Husaren-Regiments Nr. 3, Se. Kaiserl. königl. Hoheit der Kronprinz die Uniform des Pommerschen Kürassier-Regiments Nr. 2. Alle Prinzen waren mit dem Leopoldorden geschmückt; der König der Belgier hatte den Schwarzen Adlerorden angelegt. Nach dem Schlusse der Trauungsfestlichkeit fand für die Fürstlichkeiten in dem Dronningroom der Königin ein Luncheon statt; für die übrigen Gäste war die Tafel in der Georgshalle hergerichtet. Am Nachmittage fiedelte das hohe neuvermählte Paar nach Clermont über. Das Vermählungsfest machte einen eben so feierlichen wie imponirenden Eindruck.

London, 12. März. Die königliche Familie und die Hochzeitsgäste sind fast vollständig in Windsor-Castle versammelt. Für heute Abend wird noch die Ankunft Lord Beaconsfields, sowie des Grafen Karolvi, des belgischen Gesandten und ihrer Gemahlinnen erwartet. Prinz Friedrich Carl hat einen Ausflug nach Dromore, einem englischen Landst, gemacht. Die Uebergabe der Geschenke Sr. Majestät des deutschen Kaisers an die Würdenträger des englischen Hofes hat bereits stattgefunden. Der Lord Chamberlain hat das Großkreuz des Bath-Ordens erhalten.

(Aus Hirsch' telegraphischem Bureau.)

London, 12. März. Trotz der besonderen Betonung, daß die Reise des Grafen Peter Schuwaloff nach Petersburg nur durch private Angelegenheiten veranlaßt worden sei, glaubt man in hiesigen, dem Gouvernement nachstehenden Kreisen doch gute Gründe zu haben, dieser Reise eine politische Mission unterstellen zu dürfen. Thatsächlich hat Graf Schuwaloff in jüngster Zeit dem russischen Auslande nach einer Verlängerung der Occupation Bulgariens Ausdruck gegeben, ist dabei aber auf einen Widerstand des englischen Cabinets gestoßen, dessen in die Möglichkeit gestellte Behebung eine persönliche Verichterstattung und Information des russischen Botschafters in Petersburg zur Nothwendigkeit gemacht hat.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 13., 14.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	— 0,8	— 3,6	— 4,7
Luftdruck bei 0°	327 ^{mm} ,77	328 ^{mm} ,72	329 ^{mm} ,23
Dunstdruck	0 ^{mm} ,72	0 ^{mm} ,99	1 ^{mm} ,13
Niederschlag	37 pCt.	69 pCt.	88 pCt.
Wind	NW. 4.	NW. 4.	NW. 3.
Wetter	wollig.	heiter.	heiter.

Berlin, 13. März. [Börse.] Die Börse eröffnete den heutigen Verkehr in ziemlich lustloser Haltung und blieb auch bis zum Schluß in dieser Stimmung. Die Hauffe findet nicht genügend Halt in den allgemeinen Verhältnissen, obgleich dieselben auch keineswegs günstig sind. Letzterer Umstand bestimmt der Speculation aber auch den Mut, mit Blancoabgaben in stärkerem Maße vorzugehen. Die innere Lage der Börse dürfte eher eine Aufwiegung unterstützen, doch fehlt hierzu eben ein directer Anstoß. Die Hauffe-Engagements prädominiren noch immer, trotzdem wird die Realisirung der in den bisherigen Courssteigerungen gebotenen Gewinne schwierig. Der Verkehr war heute auf allen Gebieten der geschäftigen Thätigkeit ein

Um 2½ Uhr: Still. Credit 422,50, Lombarden 113,50, Franzosen 431,—, Reichsbank 153,—, Disc.-Commandit 135,75, Laurahütte 66,50, Türlen 12, Italiener 76,87, Oester. Goldrente 66,—, Ungarische Goldrente 73,87, Oesterr. Silberrente 55,60, do. Papierrente 54,87, 5% Russen 86,37, Köln-Mündener 105,—, Rheinische 107,12, Bergische 77,62, Rumänen 29,37, Russische Noten 199,50, Orient —.—.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 211, Franzosen 215, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente $74\frac{1}{8}$, Galizier —, —

Hamburg, 13. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco un-
verändert, auf Termine fest. Roggen loco unverändert, auf Termine fest.

Liverpool, 13. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.)
Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen.

Mobile middl. 5 $\frac{3}{8}$, Orleans good ordinair 5 $\frac{1}{4}$, Orleans low middl. 5 $\frac{3}{8}$, Orleans middl. 5 $\frac{1}{2}$, Orleans middl. fair 6 $\frac{1}{4}$, Bernam fair 6 $\frac{1}{4}$, Santos

sehr fest, Termine fest, per Frühjahr 8, 75 Gd., 8, 80 Br. — Hafer per Früh-

Weizen weichend, per März 27, 75, per April 27, 75, per Mai-Juni 28, 00,
pr. Mai-August 28, 00, Wehl weichend, per März 60, 50, per April 60, 75

Paris, 13. März, Nachmittags. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. März pr. 100 Kilgr. 50, 50, Nr. 7/9 pr. März per 100 Kilgr. 56, 25. — Weißer

Antwerpen, 18. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22½ bez. und Br., per April 22¼ Br. per September 24½ Br. per September-December

Standard white loco 8, 85 bis 8, 90 bez., per April 8, 90 bis 9, 00, per Mai 9, 00, per August-December 9, 75.

Matte Regen gestern Abend folgte Nacht ein starker Frost und der eben-
so heftige wie eifige Nordwind bewirkt, daß sich die Temperatur trotz hellen
Sonnenscheins wenig heben konnte. Auf die Haltung unseres Marktes

Course aus Amsterdam zuzuschreiben. Loco war wenig Angebot, das schnell zu etwas besseren Preisen geräumt wurde. — Roggenmehl etwas fester. —

berändert. — Rübsl etwas fester. Verkäufer für Herbst waren zurückhaltend, Frühjahr konnte man bequem kaufen. — Petroleum still. — Spiritus war

Welzen 1000 150—180 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität geordnet,

Spiritus loco ohne Faß 51,7 M. bez., per März — M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 52,1—52 M. bez., per Mai-Juni 52,2

Breslau, 14. März, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die

Weizen, nur zu notierten Preisen gut verkauflich, dt. 100 Kilogr. (mehrfacher weißer 14,30 bis 16,80—17,80 Mark, gelber 14,20—16,60 bis 17,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Venderung, pr. 100 Kilogr. 11,50 bis 13,40 Mark, weiße 13,30—14,20 Mark.

Maiz ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 10,00—10,50—11,00 Mark.
Erbsen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00—14,80

blaue 7,30—7,60—8,00 Mark.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Sommerrübsen	24	75	23	—	22	—
Feindotter	20	—	19	—	18	—

Kleesamen schwacher Umsatz, rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 33 bis 36—40—43 Mark, weißer preishaltend, pr. 50 Kilogr. 39—50—54—60 Mark,

Mark, Reggen fein 19,00—20,00 Mark, Hausbaden 17,50—18,50 Mark, Reggen-Futtermehl 2 Mark, Weizenkleie 7,00—7,50 Mark.

Breslau. 14. März. [Wasserstand.] D.=B. 5 M. 48 Cm. U.=B. 1 M. 28 Cm.

Ausweise.
Berlin-Görlitzer Eisenbahn.

2) aus dem Cult- und Bieg-Verleht	284,615	"
3) Extraordinaria	30,432	"

Witth. pro 1879 weniger	34,310	Marf.
-----------------------------------	--------	-------

Mithin pro 1879 weniger 68,225 Mark.

Lübbenau-Berlin befördert wurden, während die 1879 in den Monaten April, August und December der Fall sein wird.

Landwirthschafts|schule in Brieg, Reg.-Bez.
Breslau.

Maßstab durch den [2019] Director **Schulz.**

Circa 1500 Centner Eichen-Spiegelrinde in den bei Fürstenstein und
Bügendorf helegenden Fürstlich von Klebischen Forsten sollen reihweise oder

Abteilung, den 24. März v. J., Vorabtheilungs 10 uhr,
in der Brauerei „zur Plümpe“ hierselbst,
öffentlichst verkauft worden. Aus dem Lot den fünften Theil des Kaufpreises

gesehen werden und wird Herr Wildmeister Behr in Sorgau auf Verlangen die Schäflüsse herzeigen. [986]

Das Fürstliche Gortz-Amt.

Breslau, Gartenstrasse 46 c.

Fehlharben einer 60 Mark-Sorte, ver-
kaufteich à Mille 37 M. 50 Pf. 500 Stück

A. Gonschior, Weidenstr. 22.